Nachhaltigkeit als Voraussetzung für Gerechtigkeit, Wohlstand und Lebensqualität

Kurzfassung des Festvortrags von Dr. Volker Hauff, Bundesminister a.D., anlässlich der Eröffnung des 77. Lehrgangs der Europäischen Akademie der Arbeit am 10. Oktober 2012

Dr. Volker Hauff bedankt sich für die Einladung zur Eröffnung des 77. Lehrgangs der Europäischen Akademie der Arbeit und erklärt, er sei schon vielen Menschen begegnet, die diese Einrichtung besucht haben. Daher wisse er, was für segensreiche Wirkungen die Akademie in der Vergangenheit bereits erzielt habe. Dazu beglückwünscht er Professor Peter Wedde, Direktor und Leiter der EADA und wünscht ihm sowie allen, die aktiv an der Akademie mitwirken – den Stiftern, den Förderern und denjenigen, die im Kuratorium unter Vorsitz von Dietmar Hexel arbeiten – alles Gute für die Zukunft. In seinem Festvortrag, der nachfolgend in einer gekürzten Fassung aufgeführt ist, spricht er zum Thema „Nachhaltigkeit als Voraussetzung für Gerechtigkeit, Wohlstand und Lebensqualität".

„Zu Beginn möchte ich das Spektrum des Themas „Nachhaltigkeit als Voraussetzung für Gerechtigkeit, Wohlstand und Lebensqualität" mit zwei Zitaten markieren. Der ehemalige Fußballbundestrainer Jürgen Klinsmann hat vor drei Jahren zur Fußballweltmeisterschaft in Südafrika in einer Sonderbeilage der FAZ zum Thema Nachhaltigkeit etwas erklärt, was man – als typisches Beispiel für Greenwashing – so heute nicht mehr stehen lassen könnte: Es komme darauf an, etwas Gutes zu tun, beispielsweise indem man gebrauchte Fahrräder für Südafrika stifte. Denn das sei doch eine wesentliche Hilfe für viele Menschen dort. Das zweite Zitat stammt von Klaus Schwab, dem Gründer und Präsidenten des Weltwirtschaftsforums in Davos, der bei der diesjährigen Eröffnung sagte: „Der Kapitalismus in der bisherigen Form passt nicht länger zu unserer Welt. Wir haben die Lektionen aus der Finanzkrise von 2009 nicht gelernt. Wir sind überschuldet. Wir haben Zukunftsinvestitionen vernachlässigt, wir haben den sozialen Zusammenhalt geschwächt, und wir laufen Gefahr, das Vertrauen künftiger Generationen vollständig zu verlieren." Der Mann hat nicht nur Mut, sondern auch Recht. Es geht um das Vertrauen künftiger Generationen, um sozialen Zusammenhalt und Zukunftsfähigkeit.

Lassen Sie mich zunächst einen historischen Rückblick zum Begriff der Nachhaltigkeit geben. Dies führt zurück ins siebzehnte Jahrhundert, als es in Mitteleuropa eine sich verschärfende Holzknappheit gab. Holz war damals der wichtigste Rohstoff und Energieträger und hat in der beginnenden Industrialisierung eine ganz wesentliche Rolle gespielt. Der Historiker Joachim Radkau aus Bielefeld spricht in diesem Zusammenhang gar von einem „Holzzeitalter". Es kam damals zum Raubbau, bei dem mehr Holz abgeschlagen wurde als nachwachsen konnte und das ging ökologisch wie ökonomisch schief. Vielerorts kam es zu dramatischen Einbrüchen und Schäden in der Natur – die gesamten Inseln des Mittelmeerraums, ursprünglich bewaldet, wurden in dieser Zeit abgeholzt.

Man begann auf die Holzknappheit zu reagieren. In Deutschland hat Carl von Carlowitz, ein Forstbeamte aus Sachsen, der die europäischen Nachbarländer bereist und sich mit den dortigen Ideen vertraut gemacht hatte, 1713 die berühmte Schrift „Sylvicultura oeconomica“ hinterlassen. In diesem Werk befindet sich das Konzept der nachhaltigen Forstwirtschaft, das über Jahrhunderte hinweg prägend für die Forstwirtschaft war. Der Kerngedanke lautete, man solle mit dem Holz pfleglich umgehen und nicht mehr Bäume fällen als nachwachsen. Diese Zeit war von einer Energiekrise geprägt. Es ging die Sorge um, dass es zu großen Verwüstungen führen könnte, wenn man es nicht schafft, umzusteuern.
Bereits damals drehte sich die Diskussion auch um die Grenzen des Wachstumsmodells und die hitzigen Debatten waren ähnlich brisant wie die heutigen Debatten über fossile Brennstoffe. Nur, es folgten dann fast dreihundert Jahre Sorglosigkeit in der Energiepolitik. Auf das Holz folgten die Steinkohle, die Braunkohle, das Erdöl, dann das Erdgas und schließlich die Kernenergie. Es herrschte ein dreihundertjähriger energiepolitischer Rauschzustand und der Philosoph Robert Spaemann spricht in diesem Zusammenhang von einem kulturpolitischen Tiefschlaf. Ich betone, dass Spaemann bezeichnenderweise nicht von einem energie-, sondern von einem kulturpolitischen Tiefschlaf spricht und gebe ihm damit Recht. Die Industrieländer haben sich benommen wie Energiejunkies.

Wie kam es eigentlich zur Wiederentdeckung des Nachhaltigkeitsbegriffes, der im zwanzigsten Jahrhundert völlig in Vergessenheit geraten war?
Es begann im Jahr 1972 mit dem „Weltgipfel für Umwelt“ der Vereinten Nationen in Stockholm. Auf dieser Konferenz wurden die geistigen Grundlagen für die gesamte moderne Umweltpolitik gelegt. Von der Konferenz ging große Hoffnung aus und es herrschte der Geist vor, dass die Probleme lösbar werden, wenn man sie nur richtig anpacke.

Im gleichen Jahr erschien der erste große Bericht des Club of Rome „Über die Grenzen des Wachstums“. Dieser Bericht hatte eine gänzlich andere Grundtendenz und war sehr skeptisch. Die Botschaft lautete: „Passt auf, das läuft schief, an mehreren Ecken!“ Und diese Botschaft war kein unbegründeter Pessimismus, sondern im Wesentlichen mit Daten und Fakten untermauert. Ebenfalls 1972 fand eine sehr wichtige Konferenz statt: der große Zukunftskongress der IG Metall „Qualität des Wachstums“. Die zehn Bände dazu sind äußerst lesenswert. Ein Jahr später, 1973, folgte dann die Ölkrise, die allerdings nicht als Chance erkannt wurde. Vielmehr verfiel man nach der Krise in vielen Staaten, Unternehmen und Haushalten wieder in den alten Trott. Es galt die Devise: „Erst müssen die Schornsteine rauchen, dann können wir uns um die Umwelt kümmern!“

Es begann eine Diskussion über die Frage: Stellen wir uns auf die Seite der Umwelt oder stellen wir uns auf die Seite der wirtschaftlichen Entwicklung? Eine der damaligen Initiativen ging wiederum von den Vereinten Nationen aus. Die UN rief die „World Commission on Environment and Development“ ins Leben, die sogenannte Brundtland-Kommission, benannt nach der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland, die den Vorsitz der Kommission Inne hatte. Diese Kommission – ich hatte die Ehre, dort mitzuwirken – hat ein Konzept über Umwelt und Entwicklung erarbeitet.

Im Brundtland-Bericht von 1987 wurden verschiedene relevante Politikfelder betrachtet, etwa Ernährung, Verstädterung, Energie und Rohstoffe. Um diese Aspekte gedanklich miteinander zu verbinden, wurde der Begriff „sustainable development“ gewählt – das war der rote Faden. Darüber hinaus wurde beschlossen, dass eine internationale Konferenz der Staats- und Regierungschefs zu diesem Thema stattfinden sollte. So kam es auf Empfehlung der Brundlandt-Kommission 1992 schließlich zur berühmten internationalen Konferenz von Rio de Janeiro. Diese Konferenz, die von großer Euphorie geprägt war, hieß eben nicht mehr wie noch 1972 in Stockholm „Weltgipfel für Umwelt“ sondern „Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung“.

Man betrachtet damals wie heute eine nachhaltige Entwicklung als “development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs”. Es geht um eine Entwicklung, eine Wirtschaft, die in der Lage ist, die Bedürfnisse der lebenden Generation zu befriedigen ohne diese Möglichkeit für die kommenden Generationen zu zerstören. Das ist die klassische Definition, hinter der sich einfache Wahrheiten verbergen. Erstens: Die Nutzung endlicher Ressourcen ist endlich und deswegen sind Rohstoffkreisläufe ein Gebot unserer Zeit. Zweitens: Es soll fair und gerecht zugehen, damit Vertrauen gestärkt und neues Vertrauen entstehen kann. Drittens: Was wir schaffen und entwickeln, muss auch für kommende Generationen Bestand haben. Zukunftsfähigkeit ist der Maßstab.
Die Hauptherausforderungen unserer Zeit haben oft etwas mit Brüchen zu tun. Ein Beispiel ist die veränderte Betrachtung dessen, was energiepolitisch als Fortschritt gilt. Vor rund sechzig Jahren waren sich alle einig, dass die Zukunft unserer Energieversorgung in der Kernenergie liegt. Heute besteht der Fortschritt in der sogenannten Energiewende. Über solch grundlegende Veränderungen, lohnt es sich, nachzudenken. An dieser Stelle möchte ich auf die Worte von Peter Sloterdijk verweisen, der sagte: „Alle wesentlichen Aufbruchbewegungen seit mehr als 200 Jahren haben etwas mit produktiver Verwirrung zu tun. Immer wenn es vorwärts geht, ist zunächst die Semantik trübe.“

Zu den großen Herausforderungen, die uns neue Antworten abverlangen, zähle ich die Entwicklung der Weltbevölkerung, die nationale demografische Entwicklung, den Klimawandel, die Kluft zwischen arm und reich sowie das Finanzsystem.

Was die Weltbevölkerung anbelangt, haben wir es mit einer rasanten Entwicklung: Zu meiner Geburt 1940 gab es etwas weniger als zwei Milliarden Menschen auf der Erde. 2050, also in naher Zukunft, wird es 9 Milliarden geben. Aktuell haben wir 7 Milliardenmarke überschritten. Jeder einzelne hat eine Würde und ein Anrecht auf Leben, auf Ernährung, Bildung, Gesundheit und Mobilität. All diesen Menschen ein erfülltes Leben zu ermöglichen, ist eine riesige Herausforderung. Dabei reden wir auch davon, dass wir im Begriff sind, ein „anthropozentrisches Zeitalter“ zu betreten, in dem der Mensch umfassend darüber bestimmt, was auf der Welt geschieht. Es gab einmal Zeiten, in denen hat man viel darüber nachgedacht, wie man den Menschen vor Naturgewalten schützt. Heute hingegen müssen wir darüber nachdenken, wie man die Natur vor den Menschengewalten schützt – eine ganz neue Dimension.

Die Demographie im eigenen Land verläuft genau umgekehrt, die Bevölkerung in der Bundesrepublik wird schrumpfen und altern. Man wird nicht mehr auf bloßes Wachstum setzen können, vielmehr muss man sich den Veränderungen in den entsprechenden Lebensbereichen stellen. Das betrifft die Rente, die Gesundheitspolitik, den Städtebau, das ganze Thema Infrastruktur für die alternde Gesellschaft und vor allen Dingen den ländlichen Raum. Wie man im ländlichen Raum auch nur annähernd gleiche Lebensverhältnisse für die Menschen ermöglichen will, das ist eine noch ungelöste Frage.

Zum Klimawandel: Wir leben zurzeit in einer Klimaveränderung, die ohne Beispiel in der Geschichte ist. Es ist unbestreitbar, dass es immer Auf- und Ab-Entwicklungen gab. Nur heute wissen wir durch die moderne Antarktisforschung, dass die Geschwindigkeit des derzeitigen Klimawandels ungefähr um den Faktor tausend höher ist als die Klimaveränderungen der letzten sechshunderttausend Jahre. Wer das nicht glaubt, der möge den jährlich erscheinenden Bericht der Münchner Rückversicherungsgesellschaft, dem größten Rückversicherer der Welt, über die besorgniserregende Entwicklung der Klimaschäden studieren. Es gibt eine wachsende Zahl von Flächen in der Bundesrepublik, die gar nicht mehr gegen Hochwasser versichert werden. Und wer auch das nicht glaubt, der sollte sich die Gletscher anschauen. Ich selbst habe mir vor zwei Jahren mit einer Alpenüberquerung zu Fuß von München nach Meran einen Lebenstraum erfüllt. Dabei habe ich gesehen, was in dem kurzen Zeitraum der letzten zwanzig Jahre an Gletschern abgeschmolzen ist. Vergleichbar mit einem Kochtopf ist das, an dessen Rändern man sieht, wie voll er einmal war. Wenn wir darauf Antworten finden wollen, ist es nicht damit gedient, es anderen, der Politik oder der Wirtschaft zu überlassen. Wir werden auch unsere eigenen Lebensstile zur Debatte stellen müssen.

Zum Teil sind wir schon mitten in der Veränderung. Als Beispiel sei das Carbon Disclosure Project genannt, ein international angelegtes Projekt von mittlerweile 655 institutionellen Anlegern – im Wesentlichen Lebensversicherer und große Betriebskassen. Sie haben sich zusammengeschlossen und verlangen von Unternehmen eine nachweislich vorbildliche Klimapolitik, bevor Investitionen in diese Unternehmen getätigt werden. Unter den 655 institutionellen Anlegern, die insgesamt ein Anlagevermögen von achtundsiebzig Billionen US-Dollar verwalten, sind im Übrigen auch vier deutsche Unternehmen: Allianz, BASF, Bayer und BMW. Sie waren bereits unter den ersten zehn Unternehmen dieses Projekts dabei. Es geschieht also mittlerweile tatsächlich etwas. Die beteiligten Unternehmen haben sich verpflichtet, ihren CO2-Ausstoß Jahr für Jahr um ein Prozent reduzieren zu wollen, unabhängig davon, wie schnell sie wachsen. Allerdings hat PricewaterhouseCoopers untersucht, dass eine jährliche CO2-Reduktion um vier Prozent erforderlich wäre, um das berühmte Zwei-Grad-Ziel der globalen Klimaerwärmung zu erreichen. Bei allen Bemühungen stoßen wir also offensichtlich an Grenzen der Freiwilligkeit. Die Unternehmen weisen mittlerweile selbst darauf hin, dass sie kaum mehr machen können, ohne ihre Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden. Daher kommt jetzt ein Ruf aus diesen Unternehmen nach mehr international abgestimmten Standards.

Eine weitere Herausforderung ist die Kluft zwischen arm und reich. Sie ist an der Einkommensverteilung zu erkennen, noch deutlicher an der Vermögensverteilung und am schlimmsten ist es meiner Ansicht nach bei der Verteilung der Bildungschancen der Menschen. Wenn man sich die Einkommensentwicklung zwischen 2000 und 2010 in der Bundesrepublik anschaut, dann hat unter Herausrechnung der Preissteigerungsraten die untere Hälfte der Bevölkerung, also fünfzig Prozent der Menschen, in diesem Zeitraum eine negative Einkommensentwicklung. Betrachtet man die obere Hälfte der Bevölkerung und davon zunächst den Teil der oberen fünfzig bis neunzig Prozent, dann gibt es im selben Zeitraum leichte Steigerungen, die aber nicht über zwei Prozent hinausgehen. Beim obersten Prozent hingegen liegt die durchschnittliche Einkommenssteigerung bei achtundvierzig Prozent. Das trifft die Lage in unserem Land: Die unteren fünfzig Prozent der Bevölkerung weisen eine negative Einkommensentwicklung auf, das oberste ein Prozent hingegen verzeichnet eine fünfzig-Prozent-Steigerung. Es gibt einige, die hier eine „Periode der großen Divergenz“ in der Einkommensentwicklung sehen. Dies wird noch etwas dramatischer, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass wir unter den OECD-Staaten in dieser Frage im statistischen Vergleich mit am schlechtesten abschneiden – es also keineswegs so, dass andere Länder diese Entwicklung teilen. Diese Form der Einkommensentwicklung hat verheerende Folgen für die Gerechtigkeit und für Lebenschancen. Hier liegt die wichtigste Ursache der Entwicklung von Altersarmut in unserer Gesellschaft und hier liegt auch einer der Gründe für die nicht wirklich gelingende Durchlässigkeit unseres Bildungssystems.

Als letztes möchte ich das Finanzsystem nennen, das sich auf bedenkliche Weise entwickelt hat. Durch die Zockerei im Bankenbereich wurden ganze Volkswirtschaften verwildert, Staaten kamen ins Wanken und ich bin sicher, dass vieles von dem, was heute noch gängige Praxis ist, in der Zukunft verboten sein wird. Jedenfalls Eines muss deutlich über Allem stehen: Der Finanzsektor hat der Realwirtschaft zu dienen und nicht ein Eigenleben zu führen. Alles, was dem zuwider läuft, muss verschwinden. Dabei möchte ich an die Worte des Vorstandsvorsitzenden der Robert Bosch AG, Franz Fehrenbach, erinnern, der es im Hinblick auf die Investmentbanken so formuliert hat: „Wenn ich auf den Niedergang Europas wette, um eine hohe Rendite zu erzielen, finde ich das unerträglich und unmoralisch. Bei so einem Verhalten dreht sich mir, gelinde gesagt, der Magen um. Die Realwirtschaft kämpft mit aller Energie dafür, wettbewerbsfähig zu bleiben und andere wetten auf den Niedergang dieser tollen Region.“
Wenn unsere Bundeskanzlerin in diesem Zusammenhang darüber nachdenkt, wie man eine „marktkonforme Demokratie“ entwickeln könnte, lässt das wirklich aufhorchen. Denn meine Vorstellung ist, dass wir keine marktkonforme Demokratie, sondern vielmehr demokratiekonforme Märkte brauchen, so herum ergibt es Sinn. Vielleicht ist es an der Zeit, an diejenigen zu erinnern, die die gedanklichen Grundlagen für die soziale Marktwirtschaft gelebt haben. Der Ökonom Wilhelm Röpke etwa, dem ich politisch sehr nahe stehe, hat in seinen Grundtexten zur sozialen Marktwirtschaft geschrieben, „dass auch die nüchterne Welt des reinen Geschäftslebens aus sittlichen Reserven schöpft, mit denen sie steht und fällt und die wichtiger sind als alle wirtschaftlichen Gesetze und nationalökonomischen Prinzipien. Markt, Wettbewerb und das Spiel von Angebot und Nachfrage erzeugen diese Reserven nicht, sondern verbrauchen sie und müssen sie von den Bereichen jenseits des Marktes beziehen. Auch kein Lehrbuch der Nationalökonomie kann sie er

setzen. Selbstdisziplin, Gerechtigkeit, Ehrlichkeit, Fairness, Ritterlichkeit, Maßhalten, Gemeinsinn, Achtung vor der Menschenwürde des anderen, feste sittliche Normen – das alles sind Dinge, die die Menschen bereits mitbringen müssen, wenn sie auf den Markt gehen."
Der entscheidende Satz dabei ist meines Erachtens nicht, dass diese sittlichen Reserven gebraucht, sondern dass sie verbraucht werden.

Soweit zu den Herausforderungen, wo gibt es nun Lösungsansätze?

Ansätze lassen sich in der Politik, der Wissenschaft, in der Gesellschaft selbst sowie in der Wirtschaft finden. Zunächst zur Politik: Die Bundesregierung hat eine Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt, einen Rat für nachhaltige Entwicklung und einen eigenen Kabinettsausschuss für Nachhaltigkeit ins Leben gerufen. Die Mehrzahl aller Bundesländer hat eigene Nachhaltigkeitsstrategien. Eine ganze Reihe von Oberbürgermeistern hat sich zur Initiative „Oberbürgermeister für Nachhaltigkeit" zusammen geschlossen. Was den Bereich der Wissenschaft anbelangt, gibt es fast keine Universität mehr, die nicht einen Lehrstuhl zum Thema Nachhaltigkeit geschaffen und entsprechende Forschungsprojekte initiiert hätte. Hier in Frankfurt etwa gibt es jetzt bemerkenswerte Forschungsansätze zu dem Thema „Nachhaltiges Investment". Ganze Hochschulen haben sich mittlerweile unter den Namen „Nachhaltigkeit" gestellt.
Umfragen zeigen, dass die Bekanntheit des Begriffs der Nachhaltigkeit in der Gesellschaft erstaunlich zugenommen hat. Zudem ist ein gesellschaftlicher Wertewandel zu beobachten. Allensbach zufolge wählen junge Menschen erstmals nicht mehr das eigene Auto bei der Frage nach der ersten größeren Wunschinvestition – seit den 1950ern unbestritten auf Platz eins – sondern den Zugang zu Informationstechnologien. In Trendstudien der Otto-Gruppe ist zu lesen, dass vierundachtzig Prozent der Befragten mindestens gelegentlich ethisch korrekt hergestellte Produkte kaufen. Allein der Anteil derjenigen, die häufig solche Produkte kaufen, hat sich in den letzten drei Jahren auf einundvierzig Prozent fast verdoppelt. Ganz offensichtlich ahnt eine wachsende Zahl von Menschen, dass unsere Art des Produzierens und Konsumierens nicht zukunftsfähig ist.
Auch in der Wirtschaft finden sich viele Initiativen. Mittlerweile haben alle DAX-Unternehmen eigene Nachhaltigkeitsberichte veröffentlicht. Es gibt eine internationale Einrichtung, das World Business Council for Sustainable Development, ein Zusammenschluss von einigen der großen internationalen Firmen wie z.B. Daimler, Sony, IBM oder Bosch. Sie haben ein Strategiepapier entwickelt und vertreten die Ansicht, dass in den kommenden Jahren nur die Unternehmen aufsteigen werden, die über ihr *Kern*geschäft helfen, die großen Herausforderungen der Welt zu meistern. Das heißt, Nachhaltigkeit wird als Schlüssel für neue Geschäftsmodelle erkannt und praktiziert. Seit fünf Jahren gibt es einen Nachhaltigkeitspreis der deutschen Wirtschaft, an dem sich das „Who is Who" der deutschen Wirtschaft beteiligt. Studien – darunter auch eine sehr interessante der Harvard Business School – weisen nach, wie wichtig eine Bemühung um Nachhaltigkeit für wirtschaftlichen Erfolg ist. Deswegen haben wir hierzulande auch den Deutschen Nachhaltigkeitskodex entwickelt, eine Initiative, die im Wesentlichen der Rat für nachhaltige Entwicklung getragen hat. In einer vierjährigen Arbeit hat der Rat zusammen mit Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft diesen Kodex erarbeitet. Er definiert, was zu den Mindestanforderungen an das Management von Nachhaltigkeit gehört. Dazu wurden zwanzig Kriterien beschrieben, sogenannte Key Performance

Indicators, mit denen man messen kann, was in den Unternehmen hinsichtlich ökonomischer, ökologischer und sozialer Aspekte der Nachhaltigkeit tatsächlich geschieht. Diese Nachhaltigkeitsleistungen der Unternehmen werden in einer Datenbank sichtbar gemacht. Es gibt eine wachsende Zahl von Firmen, die sich daran beteiligen, etwa BMW, Rewe, Telekom und die Otto-Gruppe.

Grundsätzlich bedeutet Nachhaltigkeit, sich auf vier Feldern zu bewähren. Zunächst geht es um innovative Technologien wie Filteranlagen, neue Form von Glühbirnen, Katalysatoren etc. Als zweites sind die richtigen ökonomischen Anreize zu setzen: Ökosteuer, Haftungsrecht, das EEG-Gesetz über erneuerbare Energien, der Emissionshandel sind Beispiele hierfür. Beim dritten Feld wird es schwierig, denn dabei geht es um das Bemühen, das Verhalten von Menschen zu verändern. Bei der Bereitschaft, sich nachhaltig zu verhalten, tut sich bereits einiges. Das faszinierendste Beispiel hierfür ist für mich die Entwicklung von Carsharing. Es ist ganz erstaunlich, was da im Augenblick in unserem Land, vor allem in den Großstädten passiert. Das Vierte und Anspruchsvollste bezieht sich auf die Verständigung darüber, wie wir in Zukunft leben wollen – da braucht man schon einen neuen Gesellschaftsvertrag, neue Übereinstimmung darüber, wie wir mit den großen Herausforderungen umgehen wollen. Dabei werden wir an Grenzen der Freiwilligkeit stoßen, denn es wird nicht möglich sein, Fortschritte ohne Konflikte zu erreichen. Der Streit muss sein. Das zentrale Problem bei alledem ist, dass keiner allein das Werk zum Gelingen bringen kann – weder die Wirtschaft allein, noch die Politik, die Wissenschaft, die Zivilgesellschaft allein. Es wird nur gelingen, wenn es zu einem Zusammenwirken kommt. Und deswegen hat Michael Vassiliadis, mit dem ich über viele Jahre sehr eng im Rat für nachhaltige Entwicklung zusammengearbeitet habe, Recht, wenn er vor Kurzem in einem Grundsatzartikel verlangt, dass sich die Gewerkschaften um neue Allianzen bemühen müssen. Er spricht von unserer Verantwortung für die großen Zukunftsthemen und meint damit diejenigen, die auch ich gerade genannt habe. Er sagt, wir wollen über den Nachhaltigkeitsbegriff „diese Themen in die Gewerkschaften zurückholen“ – sie dürften nicht, wie er sagt, auf eine Art ADAC der Arbeitnehmer reduziert werden.

Nach meiner Auffassung stehen wir bei der Entwicklung dieses Prozesses ganz am Anfang. Nachhaltigkeit ist der Begriff, der das 21. Jahrhundert prägen wird. Es geht um das große ungelöste Problem, Nachhaltigkeit und Globalisierung in Einklang zu bringen. Wenn uns das nicht gelingt, werden wir Probleme haben, die uns erschlagen. Deswegen kommt es entscheidend darauf an, diesen großen historischen Prozess als solchen zu begreifen. Ich würde mir sehr wünschen und ich bin sicher, dass eine Einrichtung wie die Europäische Akademie der Arbeit dabei eine aktive Rolle annimmt und ich rufe Sie alle als Studentinnen und Studenten dieser Einrichtung dazu auf, an diesem Prozess aktiv mitzuwirken. Wir brauchen jeden von Ihnen. Herzlichen Dank!“